Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. **Sonntag, den 24. Januar 1886.** **Nr. 39.**

Berlin, 23. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 173. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 30,000 Mk. auf Nr. 20821.

1 Gewinn von 15,000 Mark auf Nr. 13502.

2 Gewinne von 6000 Mk. auf Nr. 67411 94578.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 1487 3363 3516 11300 13673 14277 15441 15552 21356 21978 23025 24619 24846 26728 28140 29088 29740 38307 40157 41777 45439 52399 52800 52810 55727 56953 61277 68574 70596 71287 71804 72490 72750 73904 75504 78162 80391 84228 84407 84942 87742 91806 93971.

60 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 184 883 1166 1994 2202 3178 6603 7114 7674 9134 9379 11843 13270 15931 15980 18119 18457 19914 22153 30207 30501 33685 34331 35487 35733 36555 42215 43018 44317 45361 46906 49687 51546 53391 54187 55646 56275 57420 60101 60296 62266 63077 65713 66924 68140 70140 71590 72875 74164 76843 83343 84175 85759 85770 86027 88931 89582 89932 91169.

64 Gewinne von 550 Mk. auf Nr. 1229 1528 1600 2237 3510 4301 4860 8407 10320 12782 15020 15650 16399 16929 17967 21180 21597 21808 22094 25253 25322 25543 26019 27589 33658 33884 36361 38129 40440 42466 42971 45069 49405 49424 50893 52295 52373 54631 57376 57964 58658 59158 60544 62290 62423 64251 64490 64644 65898 68020 [illegible] 70093 78566 80338 81810 82156 84109 85406 86642 88826 90882 92646 93660 94911.

Deutschland.

Berlin, 23. Januar. Es hat seinen Grund, daß die der Regierung nahestehenden Blätter jetzt hinterher verrathen, daß der Streitgegenstand zwischen Deutschland und Spanien, die Karolinen-Inseln, es nicht waren, weswegen Deutschland die Vermittlung des Papstes nachsuchte. Man habe anerkennen müssen, daß Spanien in gutem Glauben Besitz von Yap ergriffen gehabt, ehe das deutsche Schiff dort angekommen sei. Warum in aller Welt brauchte man dann aber noch eine päpstliche Vermittlung? Man hätte, um großmüthig zu sein, einfach auf die Karolinen verzichten können, hätte dadurch das Ansehen des Königs in Spanien, also die Monarchie wie die monarchische Regierung außerordentlich gestärkt und uns sicherlich die Zuneigung der spanischen Bevölkerung wieder gewonnen. Es ist offenbar, daß man deutscherseits dem Papst bethätigen wollte, daß man ihn als Souverän anerkenne und behandle. Das war der Hauptgrund zur Anrufung der päpstlichen Vermittlung und darum ist der Papst so außerordentlich erkenntlich, daß man ihn angerufen. Daß hierüber mehr noch als die unversöhnlichen Zentrumsblätter die orthodoxen protestantischen Organe aufgeregt sind, wird man begreiflich finden. Es ist vor einigen Tagen schon in der „Kölnischen Zeitung" auf die Verlegenheit der unversöhnlichen ultramontanen Zeitungen gegenüber dem Ereigniß hingewiesen und die Aufmerksamkeit auch auf die verschiedenen Nothbehelfe gelenkt worden, mit denen man sich ultramontanerseits bemüht, die jetzigen vortrefflichen Beziehungen zwischen Preußen und dem Papst nach außen hin abzuschwächen. Da diese Mittel doch zu naiv waren, um bei dem verständigen Theile der Nation Glauben zu finden, so hat man jetzt die Taktik etwas verändert. Die wiederholten Kundgebungen des Papstes über seine Vermittlung geben den deutlichsten Beweis, welchen Werth er auf dieselbe legt und von welcher Dankbarkeit er gegen die Regierung erfüllt ist, die dem päpstlichen Stuhl zur Lösung einer so bedeutenden Aufgabe Gelegenheit bot. Die Intransigenten, welche fürchten, daß der Papst in diesem Gefühl der Anerkennung sich veranlaßt sehen könnte, mit der preußischen Regierung eine Verständigung zu finden, welche dem Kulturkampf und den von diesem lebenden Hetzorganen ein Ende bereitet, bemühen sich jetzt, der preußischen Regierung eine Gesinnung unterzuschieben, welche — wenn sie wahr wäre — den Papst persönlich verletzen müßte. Darauf haben es freilich diese Intransigenten abgesehen. Zwischen dem „Reichsboten" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bestand in diesen Tagen über die Erledigung der Karolinen-Angelegenheit eine Polemik. Dem orthodox-reaktionären „Reichsboten" ist eine Annäherung der preußischen Regierung an die Kurie außerordentlich fatal. Bei Gelegenheit dieser Polemik wies die „Nordd. Allg. Ztg." darauf hin, daß bezüglich der Insel Yap die bona fides in der Priorität der Besitzergreifung bei den Spaniern, daß freilich mit dem Besitz dieser Insel noch nicht die Frage der andern entschieden, daß jedoch die Sache „nicht wichtig genug" gewesen wäre, um deshalb mit der spanischen Regierung in Feindschaft zu gerathen. An dieses „nicht wichtig genug" klammert sich die „Germania"; sie bemerkt, daß die „Nordd. Allg. Ztg." konsequent nur „die deutsche Gutmüthigkeit" als Grund anführe, weswegen man die Karolinen-Inseln den Spaniern belassen habe, „die päpstliche Vermittlung wird dabei vollständig ignorirt. Wir konstatiren das von Neuem und wir haben unsere Gründe dazu". Dieser Satz der „Germania" ist für das Eingangs gekennzeichnete Verhalten der Ultramontanen zu charakteristisch, um mit Stillschweigen übergangen zu werden. Die päpstliche Vermittlung wird nicht nur nicht ignorirt, sondern sie war ihrer selbst wegen gewollt. Nicht darin lag die Bedeutung der päpstlichen Vermittlung, daß durch dieselbe möglicherweise der Erwerb jener Inselgruppen für Deutschland hätte gesichert werden können; vielmehr war nichts so geeignet, den Frieden zwischen beiden Nationen für längere Zeit zu festigen, die guten Beziehungen zwischen beiden Völkern dauernd zu machen als das Eingreifen des Papstes, und grade dieses Ergebniß hat die päpstliche Vermittlung in vollem Umfange herbeigeführt und darin liegt eine so hochbedeutsame Thatsache, daß ihr gegenüber die eigentliche Entscheidung über die Inseln selbst als eine untergeordnete nicht weiter ins Gewicht fallen kann. Auch Papst Leo hat grade dieser Bedeutung seiner Vermittlung besonderen Ausdruck verliehen, und so kann man annehmen, daß alle Versuche der deutschen Klerikalen, ihn in diesem Glauben zu erschüttern, fruchtlos bleiben werden und daß die Anrufung der päpstlichen Vermittlung seitens Deutschlands auch den andern Zweck nicht verfehlt hat, zwischen Preußen und der Kurie die Mißverständnisse wegzuräumen, welche die ultramontanen Blätter schon mit aller Kraft wieder einschieben möchten.

— Das Ministerium Freycinet hat in der französischen Deputirten-Kammer durch die Annahme der Dringlichkeit für den Amnestie-Antrag Henry Rochefort's, wie bereits telegraphisch gemeldet, die erste Schlappe erlitten, die immerhin bei der entscheidenden Abstimmung über den Antrag selbst für das unter so großen Schwierigkeiten zu Stande gebrachte neue Ministerium verhängnißvoll werden könnte. Der einzige Artikel des Amnestie-Antrages lautet:

„Volle und ganze Amnestie wird allen Denjenigen bewilligt, welche wegen Verbrechen oder Vergehen, oder damit zusammenhängenden Thatsachen verurtheilt worden sind, die sich sämmtlich als politische bezeichnen lassen. Dies bezieht sich auch auf Vergehen der Presse, sowie auf solche, die durch öffentliche Reden in Vereinen begangen worden sind, insbesondere auch auf Wahlvergehen. Amnestie wird in gleicher Weise denjenigen Arabern gewährt, welche wegen der Aufstände von 1865, 1871 und 1880 verurtheilt worden sind."

Rochefort führte eine Reihe von Fällen an, die er mit seinem Amnestie-Antrage ins Auge faßte. Er wies u. A. auf einen Redakteur hin, der sich in Neu-Kaledonien befände, weil er das Journal „Le Droit social" herausgab, und exemplifizirte ferner mit den Grubenarbeitern von Montceau-les-Mines. Es überraschte einigermaßen, daß der Unterrichts Minister Goblet den entschieden ablehnenden Standpunkt der Regierung vertrat, während diese Aufgabe eigentlich dem Justiz-Minister Demole oder dem Minister des Innern Sarrien obgelegen hätte. Goblet erklärte u. A. auch, daß die Amnestie gerade jetzt nicht auf Wahlvergehen ausgedehnt werden könnte, worauf Paul de Cassagnac entgegnete, daß er und seine Freunde nunmehr für die Dringlichkeit stimmen würden, die denn auch mit einer Mehrheit von drei Stimmen zur Annahme gelangte. Der „Nat.-Ztg." wird gemeldet:

Paris, 22. Januar. Das gestrige Mißgeschick des Ministeriums Freycinet veranlaßt die Opportunisten, dem Konseil-Präsidenten zu rathen, die radikalen Mitglieder des Kabinets aufzugeben, nachdem erwiesen worden ist, daß dieselben nicht den geringsten Einfluß auf ihre Fraktionsgenossen besitzen. Unter den 90 Radikalen, welche gegen das Ministerium stimmten, befinden sich 43 neue Deputirte, unter den 244 Republikanern, welche mit vier Mitgliedern der Rechten die ministerielle Minderheit bildeten, befinden sich 84 neue Abgeordnete. Daß die Radikalen sogleich bei der ersten Abstimmung ihr Ministerium im Stiche ließen, erregt natürlich große Schadenfreude bei den Opportunisten, muß aber auch ernstliche Bedenken in Bezug auf die Dauerhaftigkeit des Kabinets hervorrufen.

— Die Versuche, Zerstörungs- und Deckungsmittel der wirksamsten Art für Heere und Kriegs-Marine zu schaffen, bleiben in einer so ununterbrochenen und hastigen Folge, daß dieses Ringen aller Großmächte, und auch der kleineren Staaten, im schärfsten Gegensatz zu den offiziellen Bezeugungen des gesicherten Weltfriedens steht, wenn man nicht anerkennen will, daß die Steigerungen der Rüstungen eine Nothwendigkeit für die Erhaltung des Friedens sind. Die bereits in unserem Blatte erwähnten Schießversuche aus und gegen Panzerbefestigungen in Bukarest sind nach der „Pol. Korr." nunmehr definitiv abgeschlossen und zu Gunsten des deutschen Systems entschieden. Trotzdem will die französische Mongolfiersche Aktiengesellschaft den Kampf bis zur definitiven Entscheidung über die Ausführung der Bukarester Befestigungen nicht aufgeben und ein neues Projekt vorlegen. Thatsache ist, daß von der rumänischen Regierung bereits Vorbereitungen zur Beschaffung der für die Fortifikation erforderlichen Geldmittel getroffen werden und daß die diesbezüglich mit der Berliner Finanzgruppe Bleichröder - Diskonto-Gesellschaft im Zuge befindlichen Verhandlungen einen günstigen Abschluß erwarten lassen. Die Gruson'sche Fabrik wird aber in der nächsten Zeit auch in Italien ihr Panzerplatten-Material einer bis jetzt noch nicht dagewesenen schweren Probe unterziehen lassen. Gegen diese Platten, welche das Bekleidungsmaterial für die Panzerthürme des Hafens von La Spezia abgeben sollen, und welche die Stärke von 1,60 Meter haben, wird eine Beschießung aus dem zur Zeit schwersten Geschütz, dem 43 Zentimeter Armstrong mit vermehrter Pulverladung, 400 Kilogramm Ladungsgewicht und 906 Kilogramm Geschoßgewicht, und 600 Meter Anfangsgeschwindigkeit vorgenommen werden. Endlich werden auch in nächster Zeit noch in weiterem Versuche zur Feststellung der Zerstörungskraft der Torpedos gegenüber Panzerschiffen in England und in Frankreich gemacht werden, wozu alte in die heute angenommenen Systeme nicht mehr passende Panzerschiffe geopfert werden sollen. Freilich werden diese kostspieligen Versuche ihren Zweck nur in unvollkommener Weise erfüllen können, denn die Panzerungen dieser alten Schiffe sind bis um das Fünffache schwächer, als die der modernen, aber beide Arten haben gemeinsam den ungepanzerten Kiel, und an dieser für den Torpedo günstigsten Angriffsstelle sind sie gleich schwach und verwundbar. Zugleich werden Beschießungsversuche gegen eine neuartige Kautschuk Panzerung mit diesen Torpedoversuchen verbunden sein.

— Zur Berufung des Bischofs von Fulda, Dr. Kopp ins Herrenhaus bemerkt eine Berliner Korrespondenz der klerikalen „Köln. Volks-Ztg.":

Mit der Berufung eines Bischofs ins Herrenhaus ist der Kirche kaum ein Dienst erwiesen. Bekanntlich hat seiner Zeit der hochselige Kardinal v. Diepenbrock gegen die Theilnahme der Mitglieder des Episkopats Preußens an den parlamentarischen Arbeiten und Abstimmungen des Landtags sich ausgesprochen. Es bedarf kaum tieferen Nachdenkens, um die vielfachen Schwierigkeiten zu erkennen, in welche der Episkopat durch eine parlamentarische Stellung in Preußen verwickelt werden könnte. Wenn je, so gilt das alte Wort von den „Geschenken der Danaer" von dieser Affaire. Im Uebrigen wird die Sache praktisch ziemlich bedeutungslos sein, da voraussichtlich der Herr Bischof von Fulda weder Zeit noch Lust haben wird, sich in die parlamentarischen Geschäfte zu verwickeln.

— Zu den jüngsten hier wiedergegebenen Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg." über den Papst bemerkt die „Konservative Korrespondenz", das Organ der konservativen Fraktion, unter Anderem:

„Der obigen Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg." gegenüber aber bleibt uns doch nichts Anderes übrig, als darauf aufmerksam zu machen, daß die Nothwendigkeit, die Lobpreisung des Papstes in unserer offiziösen Presse auf den denkbar höchsten Ton zu stimmen, in der evangelischen Bevölkerung Deutschlands nirgends klar erkannt werden wird, und daß dieser Umschwung hier nothwendig einen sehr peinlichen Eindruck hervorrufen muß. Es ist ja wohl auch nicht unmöglich, das taktisch oder diplomatisch Gebotene in vollem Maße zu leisten und doch zugleich die Gefahr zu vermeiden, daß dem Gewinn auf der einen Seite nicht ein doppelter und gar nicht wieder einzubringender Verlust auf der anderen Seite gegenübersteht."

Darauf antwortet die „N. A. Z.":

„Es ist kaum glaublich, daß diese larmoyanten kleinlichen Randglossen zu unserem Artikel von der konservativen Partei im Reichstage eingegeben oder angeordnet seien. Mindestens ebenso wenig wie jeder auf der Höhe seiner geistlichen Aufgabe stehende evangelische Pfarrer wird die konservative Partei im Reichstage einen „sehr peinlichen Eindruck" daraus besorgen, wenn in der „Nordd. Allg. Ztg." mit Anerkennung der besonderen Begabung gedacht wird, welche in der Persönlichkeit des Papstes für die Vermittelung in der Karolinenfrage gegeben war. Sich darüber ereifern kann nur zelotischer Eifer, als dessen Organ sich aber die konservative Fraktion des Reichstags kaum wird bekennen wollen."

— Von den österreichischen Landtagen haben drei noch bis gestern resp. bis heute weitergetagt: der oberösterreichische, der Tiroler und der galizische. Das Hervorragendste auf dem Gebiete der nationalen Tyrannei hat nächst dem böhmischen der galizische Landtag geleistet. Vorgestern noch wurde z. B. die Landessubvention für den polnischen Volksaufklärungs-Verein um ein Fünftel erhöht, ein Antrag aber, dem ruthenischen Vereine gleicher Richtung, welcher bisher gar keine Unterstützung aus Landesmitteln erhält, eine bescheidene Summe zuzuwenden, konnte nicht einmal zur Abstimmung gebracht werden, weil er nicht hinreichend unterstützt wurde. Daß der Antrag, durch welchen die künftige Massenfabrikation polnischer Virilstimmen für die Landgemeindewahlen zur künstlichen Minorisirung der Ruthenen verhindert werden sollte, nicht mehr zur Beschlußfassung kommt, darf kaum Jemanden wundern. Die Polen sind im Kampf gegen schwächere Nationalitäten jeden Skrupels bar.

— Durch Vereinbarung der nationalliberalen, freikonservativen und konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses ist ein Antrag festgestellt worden, worin die Anerkennung des Hauses für die Wahrung der deutschen Interessen in den östlichen Grenzprovinzen und die Genugthuung über die in der Thronrede ausgesprochene Absicht, dafür durch positive Maßregeln wirken zu wollen, ausgesprochen wird; solche Maßregeln werden in der Besiedelung der betr. Landestheile durch deutsche Bauern und in der kräftigen Förderung des deutschen Schulwesens erblickt; das Abgeordnetenhaus werde die erforderlichen Geldmittel gern zur Verfügung stellen.

— **Leopold von Ranke** war bekanntlich an seinem 90. Geburtstage durch ein äußerst huldvolles Schreiben des Kaisers, der dem greisen Gelehrten auch gleichzeitig sein Bildniß übersandte, geehrt worden. Der in dieser Weise Ausgezeichnete hat darauf dem Kaiser seinen Dank für das Zeichen dieses Wohlwollens ausgesprochen und seinen sechsten Band der Weltgeschichte überreicht. Der Kaiser hat darauf mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Es gereicht Mir zu herzlicher Freude, aus Ihrem Schreiben vom 22. d. M. zu ersehen, daß es Mir gelungen ist, Ihnen durch die Verleihung Meines Bildnisses zu Ihrem Geburtstage eine frohe Ueberraschung zu bereiten. Den Mir von Ihnen überreichten, die Zersetzung des karolingi-

schen und Begründung des deutschen Reiches behandelnden sechsten Band Ihrer Weltgeschichte habe Ich mit Bewunderung als einen erstaunlichen Beweis dafür entgegengenommen, mit welchem Erfolge Sie in Schaffensfreudigkeit bestrebt sind, Ihr großartiges Geschichtswerk der von allen gebildeten Kreisen ersehnten Vollendung immer näher zu bringen. Indem Ich Ihnen für die Darreichung des Buches, so wie für den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung verbindlich danke, vereinige Ich Mich mit Ihnen in dem Wunsche, daß es Mir und Meiner Regierung gelingen möge, dem Lande die Segnungen des Friedens zu erhalten.

Berlin, den 30. Dezember 1885.

Wilhelm."

— Die Budget-Kommission des Reichstages setzte gestern die Berathung des Marine-Etats fort. Statt der geforderten Vermehrung des militärischen Personals um 826 Köpfe wurde nur eine solche um 526 Köpfe bewilligt. In der voraufgehenden Debatte hatte der Chef der Admiralität, General-Lieutenant von Caprivi, die unverkürzte Bewilligung der ursprünglichen Forderung besonders damit empfohlen, daß aus Mangel an ausgebildeten Mannschaften Stationen eingezogen werden mußten, und daß man sich bei Wiederholung einer Situation, in welcher gesteigerte Ansprüche an die Marine gestellt würden, genöthigt sehen würde, zu einer partiellen Mobilmachung zu greifen, was man aus Rücksicht auf die Rhederei gern vermieden hätte. Außerdem bemerkte der Chef der Admiralität, daß nicht die Absicht vorliege, Deutschland zu einer Seemacht ersten Ranges zu machen, sondern das Ziel nur dahin stecke, die deutsche Flotte zur Ebenbürtigkeit etwa derjenigen Spaniens und Rußlands zu bringen.

— Die wiederholt erwähnten Schieß- und Beschießungs-Proben bei Bukarest betreffend, erhält die „Pol. Korr." aus der rumänischen Hauptstadt vom 18. Januar folgende Mittheilungen:

„Die Schieß- und Beschießungs-Proben mit den für die Befestigung der Stadt Bukarest gelieferten Probe-Panzerthürmen sind zu Ende, und muß deren Resultat als ein dem deutschen Thurmsysteme Gruson-Schumann entschieden günstiges bezeichnet werden. Die Beschädigung seines Vorpanzers ausgenommen, welche übrigens unter Verhältnissen und Vorbedingungen erfolgte, wie sie im Ernstfalle einer Belagerung ganz undenkbar sind, ist der Gruson-Schumann'sche Thurm aus allen Experimenten siegreich hervorgegangen, und hat sich namentlich die aus Walzeisenplatten (theilweise auch aus Walzeisen mit darauf geschweißter Stahlschichte) bestehende flache Kuppel in einer Art bewährt, daß der dem französischen Konkurrenzsysteme (Mougin-Mongolfier) zu Grunde liegende Monitorthurm mit senkrecht cylindrischen Mantelflächen für Landbefestigungswerke als ein überwundener Standpunkt zu betrachten ist. Im Ganzen waren auf eine und dieselbe Platte der Gruson-Schumann'schen Thurmkuppel 71 Treffer aus einer Entfernung von 1000 Metern abgegeben worden, wobei dieselbe außer einer durch die auffallenden und abgleitenden Geschosse verursachten, bei 6 Zentimeter tiefen Abschürfung keinen Schaden erlitt. Ebenso war seine Geschützscharte bei 7 aus einer Entfernung von 50 Metern abgegebenen Kugeln unversehrt geblieben. Der französische Thurm war schon nach 30 Treffern so zugerichtet, daß man bei Wiederaufnahme der Beschießung eine noch gar nicht beschossene Platte seines Panzer-Cylinders zum Zielobjekte machen mußte. Aber diese erhielt nach etwa 30 Schüssen einen den ganzen Panzer durchklaffenden Riß, so zwar, daß ein weiterer Schuß auf diese Stelle unfehlbar in das Innere des Thurmes gedrungen wäre. Außerdem war bei der Belegung seiner Schießscharten mit nur vier Geschossen eine Schießscharte und die daselbst an Stelle des ausgehängten Rohres eingesetzte Geschützmaske zerstört worden. Betreffs des Gruson Schumannschen Thurmes sei bemerkt, daß derselbe ein völlig neues, mit den früheren Gruson'schen Kuppelthürmen nicht zu verwechselndes System repräsentirt. Die Gruson'schen Kuppelthürme älterer Konstruktion, von denen sich auch drei zu Pola mit je zwei 28-Zentimeter-Geschützen, drei zu Trient mit je zwei 15-Zentimeter-Kanonen und je einer zu Cattaro und Krakau mit je zwei 12-Zentimeter-Kanonen befinden, sind aus Hartgußplatten zusammengesetzt, während die neuen Gruson-Schumann'schen Thürme, abgesehen von den Eigenthümlichkeiten ihrer Konstruktion, wie erwähnt, ganz oder ihrem wesentlichen Theile nach aus Walzeisen bestehen. Was die Ausführung der Bukarester Befestigungen anbelangt, für welche die mit ihrem Panzerthurm unterlegene Mongolfier'sche Aktien-Gesellschaft zu Chamond nunmehr ein neues, gleichfalls die Kuppelform acceptirendes Thurm-Projekt vorzulegen gesonnen sein soll, so ist es Thatsache, daß bereits Vorbereitungen zur Beschaffung der für die Fortifikation erforderlichen Geldmittel getroffen werden und daß die diesbezüglich mit der Berliner Finanz-Gruppe Bleichröder-Diskonto-Gesellschaft im Zuge befindlichen Verhandlungen einen günstigen Abschluß erwarten lassen."

— Wie der „Pol. Korr." aus Lissabon geschrieben wird, bestätigt sich erfreulicher Weise die Nachricht von dem Tode des deutschen Afrikareisenden, Dr. Büttner, nicht. Es ist demselben vielmehr gelungen, den Angriffen der Eingeborenen auf dem Wege nach Cuango zu entkommen und sich nach Pool zu retten, wo er sich in der letzten Zeit aufhielt. Gegenwärtig ist Dr. Büttner bereits auf dem Rückwege nach Europa befindlich.

Aus dem Reichslande, 20. Januar. Die vorgestern erfolgte Eröffnung des reichsländischen Parlaments vollzog sich diesmal feierlicher als in den Vorjahren. Der kaiserliche Statthalter selbst verlas die Eröffnungsrede, umgeben von den sämmtlichen Regierungskommissarien. Die Abgeordneten waren diesmal durchgängig im Frack erschienen und hatten zum Theil die ihnen verliehenen deutschen Dekorationen angelegt, was bis dahin nie geschehen war. Sie hatten sich fast vollzählig eingefunden. Die Eröffnungsrede trug einen rein geschäftsmäßigen Charakter und hielt sich von jeder politischen Anspielung fern, wie es überhaupt die Absicht des Fürsten von Hohenlohe zu sein scheint, allen politischen Fragen möglichst aus dem Wege zu gehen und die Verwaltung des Landes nach nüchternen und festen Grundsätzen zu führen. Die Stimmung der Abgeordneten war augenscheinlich eine recht günstige, wozu nicht wenig die durch den Statthalter besonders betonte, erfreuliche Lage der Staatsfinanzen beitragen mochte. Zum Präsidenten wurde mit fast Stimmeneinheit der Fabrikant Schlumberger in Gebweiler wiedergewählt, welcher die Präsidialgeschäfte des Landesausschusses von Beginn an mit viel Takt und Erfolg geleitet hat. Nachdem sodann noch das übrige Bureau des Hauses meist durch Wiederwahl der vorjährigen Mitglieder, so wie die Abtheilungen und ständigen Kommissionen gebildet worden waren, richtete der Abgeordnete Zorn von Bulach-Sohn die Anfrage an die Regierung, welche Stellung dieselbe zum Branntweinmonopol einnehme und in welcher Weise sie die Interessen der elsaß lothringischen Branntweinbrenner zu wahren gedenke. Der Staatssekretär, welcher die enorme Wichtigkeit des Branntweinmonopols für Elsaß-Lothringen nicht in Abrede stellte, sagte die Beantwortung der Interpellation bei der nächsten passenden Gelegenheit zu.

Ausland.

Bern, 20. Januar. (Magdeb. Ztg.) Vor etwa einem Jahre erschien in den „Basler Nachrichten" ein Feuilletonartikel aus der Feder eines Dr. Wittstock in Leipzig; in diesem Artikel, der den Titel führte „Reisebriefe von der schönen blauen Donau", wurden verschiedene auf das Kloster- und Geistlichkeitswesen in Oesterreich bezügliche Verhältnisse in humoristisch-satyrischer Weise besprochen. Die römisch-katholische Genossenschaft in Basel fühlte sich durch diese Auslassungen betroffen und verklagte das genannte Blatt wegen Religionsbeschimpfung. In Folge dessen wurde der verantwortliche Redakteur der „Basler Nachrichten" von der ersten gerichtlichen Instanz des angeklagten Vergehens schuldig erklärt und zu einer dreitägigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Die zweite Instanz, an welche Dr. Wackernagel appellirte, bestätigte in vollem Umfange das erstinstanzliche Urtheil, von der Ansicht ausgehend, daß in der That durch den erwähnten Artikel die römisch-katholische Kirche beschimpft werde. Gegen das Urtheil des Apellationsgerichts vom 5. Februar vorigen Jahres ergriff nun aber Dr. Wackernagel den Rekurs an den Bundesrath und dieser befaßte sich in mehreren Sitzungen mit der prinzipiell sehr wichtigen Angelegenheit, um diese endlich heute definitiv zu erledigen. Die Basler Behörden stützten sich bei ihrem Entscheide auf den Art. 50 der Bundesverfassung, wonach den Kantonen vorbehalten ist, „zur Handhabung der Ordnung und des öffentlichen Friedens unter den Angehörigen der verschiedenen Religionsgenossenschaften die geeigneten Maßnahmen zu treffen." Der Bundesrath bestreitet selbstverständlich dem Kanton Basel dieses Recht nicht; indessen macht er darauf aufmerksam, daß das gleiche Recht auch dem Bunde zustehe, woraus offenbar gefolgert werden müsse, daß dem Bunde anheimgestellt sei, kantonale Verfügungen zu beschränken oder aufzuheben, wenn durch dieselben ein verfassungsmäßiges Recht der Bürger verletzt werde. Dies sei aber offenbar durch den Basler Entscheid geschehen, indem der Art. 49, welcher ausdrücklich die Unverletzlichkeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit ausspreche, verletzt worden sei. Der Bundesrath ist der Ansicht, daß durch den fraglichen Zeitungsartikel der konfessionelle Friede nicht gefährdet, daß aber durch das bezügliche Urtheil das Recht der freien Meinungsäußerung verletzt worden sei. Der Entscheid des Bundesrathes wird ohne Zweifel von der öffentlichen Meinung lebhaft begrüßt werden. Wir bemerken schließlich noch, daß der Beschluß, dessen ausführliche Motivirung demnächst bekannt gegeben werden soll, vom Bundesrathe einstimmig gefaßt worden ist.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Januar. Die Verwaltungsbehörden haben bisher angenommen, daß nach dem neuvorpommerschen Provinzialrechte diejenigen über 60 Jahre alten Hausväter, welche ihren Verhältnissen nach zu der niedrigsten Klasse der Klassensteuer gehören, von Beiträgen zum Unterhalt der Elementarlehrer befreit sind. Das Ober-Verwaltungsgericht hat dagegen durch Urtheil vom 21. Juni v. J. entschieden, daß die zugestandene Befreiung allen Hausvätern, welche das 60. Lebensjahr zurückgelegt und keine schulpflichtigen Kinder haben, unbedingt und unbeschränkt zukommt.

— Der Vorschrift des Handelsgesetzbuches, daß wenn der Käufer mit der Empfangnahme im Verzuge ist, der Verkäufer die Waare auf dessen Gefahr und Kosten in einem öffentlichen Lagerhause oder bei einem Dritten niederlegen darf, wohnt nicht die Bedeutung bei, daß dadurch die Lagerung bei dem Verkäufer selbst ausgeschlossen werden soll. Die angeführte Bestimmung setzt als Regel voraus, daß die Waare sich im Gewahrsam des Verkäufers befindet, und will nur eine Bestimmung darüber treffen, wie derselbe sich von diesem Gewahrsam und der damit verbundenen Sorge befreien kann. So wenig durch diese Vorschrift der Verkäufer hat gezwungen werden sollen, sich des Besitzes der Waare zu entäußern, so wenig kann es der Zweck derselben sein, dann, wenn die Waare an einem dritten Orte geliefert und empfangen werden sollte, das Nehmen der Waaren auf das eigene Lager des Verkäufers absolut zu verbieten, — besagt eine für kaufmännische Kreise wichtige obergerichtliche Entscheidung.

— Das königl. preußische Amtsgericht zu Stettin hat folgende Begutachtung der Angemessenheit einer Forderung von der Leipziger Handelskammer gefordert. Die Adressen-Verlagshandlung Hermann Sorbe in Leipzig hatte an die Firma Paul Schmidt in Stettin 1000 Stück Adressen von Förstern, Oberförstern u. s. w. gummirt und perforirt für den Preis von 25 Mark geliefert. Der Firma Schmidt erschienen jedoch die Adressen mit 5—6 Mark bezahlt, weshalb ein Prozeß angestrengt wurde und das Stettiner Amtsgericht zur Schlichtung desselben die Leipziger Handelskammer fragte, ob der von der Verlagshandlung gestellte Preis geschäftsüblich und angemessen hoch ist. Die Kammer bejahte diese Frage.

— Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem heutigen Tage die Schonzeit für Hasen und Fasanen beginnt.

— In der Woche vom 17. bis 23. Januar wurden in der hiesigen Volksküche 2229 Portionen verabreicht.

— In der Woche vom 10. bis 16. Januar kamen im Regierungsbezirk Stettin 110 Erkrankungen und 14 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; in dieser Woche sind Masern am stärksten vertreten, nämlich mit 44 Erkrankungen und 2 Todesfällen; die meisten Erkrankungen zeigten sich im Kreise Anklam, 40, die übrigen in Stettin. Es folgt Diphtherie mit 28 Erkrankungen (7 Todesfällen), davon 3 in Stettin. An Scharlach und Rötheln erkrankten 24 Personen (2 Todesfälle), davon 2 in Stettin, an Darm-Typhus erkrankten 10 Personen, davon 3 in Stettin, an Kindbettfieber 3 Personen (2 Todesfälle), und an Brechdurchfall 1 Person (1 Todesfall).

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Einmaliges Gastspiel der Solotänzerin Frl. Ottilie Muzell vom königl. Hoftheater zu Hannover. „Robert der Teufel." Große Oper in 5 Akten. — Bellevuetheater: „Der Veilchenfresser." Lustspiel in 5 Akten.

Montag: Stadttheater: Fünfte Vorstellung im Novitäten-Zyklus. „Don Juan's Ende." Trauerspiel in 5 Akten.

Dienstag: Stadttheater: „Der Trompeter von Säckingen." Oper in 3 Akten und einem Vorspiel.

Berlin. Das gestern Abend stattgehabte Philharmonische Konzert, unter Leitung von Prof. Klindworth, brachte als Klaviersolisten Herrn Saint-Saëns aus Paris. Es sei nur der bedauerlichen Vorfälle gedacht, welche die Erinnerung an diesen Abend zu einer peinlichen machen müssen. Herr Saint-Saëns steht in dem Rufe, ein Gegner der jetzt in Paris geplanten Lohengrin Aufführungen zu sein. In jüngster Zeit noch soll er sich in diesem Sinne — so meldete wenigstens gestern früh noch ein hiesiges Blatt in einer langen Korrespondenz — ausgesprochen haben. Diese Gegnerschaft nun nahm eine kleine Klique von etwa zwölf jungen Leuten zum Ausgangspunkt einer Demonstration, die erst durch das Hinzurufen von Schutzleuten und ihre Hinausweisung aus dem Konzertsaale beendet werden konnte. Sie empfingen den französischen Künstler mit Zischen, unterbrachen Pianissimo-Passagen durch die lauten Rufe: „Wagner," „Lohengrin," brachen a tempo wie auf Vereinbarung plötzlich in helles Lachen aus, und zwangen dadurch den Dirigenten mehrfach den Taktstock niederzulegen, und von Neuem zu beginnen. Zwar nahm die Masse der Besucher energisch gegen dieses pöbelhafte Benehmen Partei, aber der Beifall rief immer neue Gegendemonstrationen hervor und verschlimmerte zunächst die Sache, bis die Störenfriede hinaus gebracht waren. Herr Saint-Saëns bewahrte während alledem seine unerschütterliche Ruhe. Aber er konnte es doch nicht über sich gewinnen, dem am Schlusse des Konzerts stürmischen Beifall Folge zu geben. Der traurige Ruhm, aus Gründen nationaler Antipathien fremde Künstler pöbelhaft zu behandeln, ist Dank dem Treiben weniger Aufgestachelter leider Paris nicht mehr allein geblieben. Aber es muß doch betont werden, daß die überwältigende Masse des Publikums sich mit Entrüstung von Jenen abwendete.

(Nat.-Ztg.)

Vermischte Nachrichten.

— Staatssekretär Dr. v. Stephan hat einer Gesellschaft in Boppard, die sich jeden Freitag Abend zusammenfindet und in welcher kürzlich die Frage diskutirt wurde, woher es wohl käme, daß die Postillone von dem reisenden Publikum in der Regel mit „Schwager" angeredet würden, auf eine bezügliche Anfrage folgende Mittheilung zugehen lassen: „In Kur (Chur), früher dem Hauptknotenpunkt der Alpenstraßen, wurden die italienischen, auf dem Sattelpferde reitenden Postillons „Chevalier" genannt; daraus wurde im schweizerischen Deutsch (schwyzerischen Dütsch) Schewalger, Schwalger, endlich Schwager. Die Stadt Chur (Coïra) war vermöge des Fremdenverkehrs eine Art Sprachmesse, daher: „Kur-Wälsch", „Kauderwelsch". Schließlich giebt der Staatssekretär des Reichspostamts dem Briefschreiber für ähnliche Fälle folgenden zeitgemäßen Wink: „Etwaige weitere Fragen erbittet aber zu einer außerparlamentarischen Jahreszeit höflichst v. Stephan."

— Aus dem Elsaß ist der Monatsschrift „Das humoristische Deutschland" das Aufführungsrecht des nachstehenden Dramas zur Verfügung gestellt worden:

Post und Medizin.

Ein bürgerliches Schauspiel in vier Akten.

Ausgeführt mit großem Erfolg in jüngster Zeit in einer süddeutschen Haupt- und Universitätsstadt.

1. Akt: Postsekretär Müller wird krank.

2. Akt: Stabsarzt Dr. Feld, Privatdozent an der Universität, stellt ihm folgendes Zeugniß aus:

„Postsekretär Müller leidet an Erysipelas und ist einige Tage dienstunfähig.

D. Feld."

3. Akt: Oberpostdirektor Männchen, ein „strammer" Herr und Jünger Stephan's, sendet das Zeugniß zurück mit dem Vermerk:

Br. m. dem Militärarzt Dr. Feld zur Aufklärung. Die Krankheit Erysipelas ist der Postbehörde nicht bekannt.

Der Kaiserl. Oberpostdirektor
Geheime Oberpostrath Männchen,
Hauptmann der Landwehr.

4. Akt: Der Arzt schreibt darunter:

Br. m. dem Postbeamten Männchen mit der Aufklärung zurück, daß der Postbehörde wahrscheinlich noch viele andere Krankheiten unbekannt sind.

Der Stabsarzt
Dr. Feld,
praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer,
Privatdozent an der Universität.

— Von einer Kanonenpost im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert berichtet die „Deutsche Verkehrs-Ztg." nach dem Schriftsteller Martin Zeiller, welcher in einem seiner Werke von Versuchen erzählt, die gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts angestellt wurden, um sich mittels abgefeuerter Kanonenkugeln mit der Ferne zu verständigen. Der Genannte schreibt: „In der Belagerung Steenwick's des Jahres 1581 hat man sich bleyerner Kugeln, fast von 2 Pfund eine, gebraucht, die auff einer Seite durchbohrt gewesen, und in welches Loch man ein Schreiben gethan, so man mit dem andern Bley wieder zugemachet. Auff der andern Seite hatten sie ein enges und offenes Loch, darein ein Stricklein, so lange Zeit Feuer hielt, gesteckt; Wenn nun aus einem Stück dergleichen Kugeln in die Stadt geschossen wurden, so gab der brennende Strick, als ein Bote aus des Freundes Lager, zu erkennen, daß Briefe in der Kugel stecken, so man eröffnete. Dergleichen Botschafts-Kugeln hat man sich auch bey der Belagerung zu Turin A. 1640 bedient, J. Hercul. de Sunde in Steganograph. Norimb. 8 p. m. 152 seq."

— (Diminutiv.) Sie: „Mann, besorge mir doch für die Theatersaison einen Operngucker. Ich brauche ihn wirklich." Er: „Kann ich nicht. Kostet zu viel." Sie (schmeichelnd): „Nun, wenn Du schon sparen willst, dann wenigstens einen Operettengucker!"

— (Muthiges Entgegenkommen.) Junger Arzt, im Begriffe, seine Praxis anzutreten, macht, an eine Familie empfohlen, der Dame des Hauses seine Aufwartung. — Dame (die zugleich Mutter von fünf heirathslustigen Töchtern ist): „Nun werden wir Sie bald unter den Verlobten lesen?" — Arzt (erstaunt): „Meine Gnädige, ich bitte zu bedenken, daß ich erst gestern hier angekommen bin, mein Koffer ist noch gar nicht ausgepackt!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

London, 22. Januar. Der Lordpräsident des Geheimen Rathes, Viscount Cranbrook, ist an Stelle Smith's zum Staatssekretär des Krieges ernannt worden.

London, 23. Januar. Von Seiten Englands ist bei den Mächten in Anregung gebracht worden, Griechenland durch erneute energische Schritte von einem aggressiven Vorgehen gegen die Türkei, speziell auf dem Seewege, ernstlich abzumahnen. Dieser Schritt, welcher sich bezüglich Griechenlands mit dem russischen Antrage deckt, hat wie dieser die Zustimmung der meisten Mächte gefunden.

Madrid, 22. Januar. Die Königin hütet in Folge einer leichten Erkältung seit zwei Tagen das Zimmer.

Petersburg, 23. Januar. Der von Rußland angeregte verschärfte Kollektivschritt bei den Balkanstaaten behufs Herbeiführung der Abrüstung hat die Zustimmung aller Mächte erhalten mit Ausnahme von Frankreich, dessen Antwort noch aussteht. Voraussichtlich wird der Schritt in den nächsten Tagen stattfinden.

Konstantinopel, 23. Januar. Gutem Vernehmen nach sind die direkten Verhandlungen zwischen der Pforte und dem Fürsten Alexander nahe daran, auf dem Boden der Personal-Union zu einer Einigung zu führen.